



ZIEL: GESUNDHEIT

1

Gesundheit zur Priorität machen:

Politische Entscheidungen an Gesundheit ausrichten.



2

Ressourcen klug einsetzen:

Mit dem arbeiten, was da ist - finanziell, sozial und ökologisch.



3

Strukturen von morgen schaffen:

Versorgungsstrukturen an künftigen Bedarfen ausrichten und flexibel umbauen.



4

Präsenz und Exzellenz vereinen:

Grund- und Regelversorgung erreichbar gestalten und Spezialisierung konzentrieren.



5

Zukunft der Pflege gestalten:

Pflegeversorgung und -finanzierung generationengerecht aufstellen.



2026

Landtagswahl Baden-Württemberg

Positionen zur Landtagswahl Baden-Württemberg am 08.03.2026

Am 08. März 2026 wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Die IKK classic setzt sich als gesetzliche Krankenversicherung für eine moderne, vielfältige und wertorientierte Gesundheitspolitik ein. Diese muss eine qualitätsgesicherte Versorgung stärken und vor dem Hintergrund der demografischen, finanziellen und geopolitischen Herausforderungen zukunftsfähig gestalten.

Nachstehende Positionen werden durch politische Papiere der IKK classic ergänzt und konkretisiert:

- Stationäre Versorgung: <https://www.ikk-classic.de/presse/haltung-politik/positionspapier-stationaere-versorgung>
- Notfallversorgung und Rettungsdienst: <https://www.ikk-classic.de/presse/haltung-politik/positionspapier-notfallversorgung>
- Patientennavigation: <https://www.ikk-classic.de/presse/haltung-politik/Positionspapier-Primaernavigation>
- Psychische Gesundheit: <https://www.ikk-classic.de/presse/haltung-politik/positionspapier-psychotherapeutische-versorgung>
- Pflegeversorgung: <https://www.ikk-classic.de/presse/haltung-politik/Positionspapier-Pflegeversorgung>, Pflegefinanzierung: <https://www.ikk-classic.de/presse/haltung-politik/Positionspapier-Pflegefinanzierung>

1. Gesundheitspolitik im Wandel

a. Besonderheiten im Südwesten

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weist die Bevölkerung in Baden-Württemberg eine bessere Gesundheit, eine höhere Lebenserwartung sowie ein höheres Einkommensniveau auf.

- ➔ **Die nächste Landesregierung ist gefordert, eine an den künftigen Bedarfen und vorhandenen Ressourcen orientierte Vielfalt an Leistungsangeboten zu unterstützen und die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu stärken.**

Insbesondere im Gesundheitswesen und hier in der Pharma- und Biotechindustrie hat sich der Südwesten eine herausragende Position erarbeitet, die das Land ökonomisch stärkt. In der Realität sind Förderung des Wirtschaftsstandorts und Gewährleistung der medizinischen Daseinsvorsorge eng verwoben. Daher muss der Einsatz finanzieller Mittel klar definiert werden.

- ➔ **Die standortpolitische, ökonomische Stärkung muss ordnungspolitisch klar zugeordnet und strikt von gesundheitspolitischer Daseinsvorsorge getrennt werden.**

b. Effizienz als Hebel

In den letzten Landeslegislaturperioden wurde das Gesundheitswesen einerseits nicht ausreichend zukunftsfest aufgestellt. Systemimmanente Entwicklungen wie der medizinische Fortschritt oder der demografische Wandel erfordern jedoch tiefgreifende Reformen. Andererseits sind mittlerweile keine ausreichenden Finanzreserven mehr vorhanden, um Reformen im laufenden Betrieb umzusetzen. Stattdessen haben wir heute Versorgungsstrukturen, mit denen die Menschen nicht optimal versorgt werden.

Statt immer mehr Geld in das System zu geben, müssen die eingesetzten finanziellen Mittel und die

vorhandenen Ressourcen zu einem bestmöglichen Ergebnis führen. Dazu sind grundlegende Reformen notwendig. Effizienz steigern heißt nicht nur bei mindestens gleichbleibender Qualität gesetzliche Vorgaben zu reduzieren, sondern auch Versorgungsstrukturen zu optimieren. Die Digitalisierung ist dafür der entscheidende Baustein. Sie muss gefördert werden.

- **Die nächste Landesregierung muss Entbürokratisierungsmöglichkeiten und Effizienzpotenziale beherzt und qualitätsgesichert umsetzen.**

c. Nachhaltigkeit als zwingendes Kriterium

Um das Gesundheitswesen den künftigen Anforderungen anzupassen, bedarf es Veränderungen, die langfristig wirken und dennoch agile Anpassungsmöglichkeiten bieten.

Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, die Versorgung grundlegend zukunftsfähig zu gestalten. Um dies zu erreichen, ist eine zwingende Ausrichtung an ökonomische, ökologische und soziale Faktoren unabdingbar. Nur wenn wir heute Nachhaltigkeitskriterien in allen drei Dimensionen bei Strukturveränderungen berücksichtigen, werden wir langfristig davon profitieren.

- **Die Landesregierung muss bei Förderentscheidungen Nachhaltigkeitskriterien aller drei Dimensionen zur Voraussetzung machen.**

d. Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Das Gesundheitssystem ist ein Teil der Daseinsvorsorge und ein elementarer Pfeiler der Demokratie. Notwendig sind konsequente Entscheidungen mit Weitblick, die langfristig wirken, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Diese müssen auch eine legislaturperiodenübergreifende, interministerielle und überparteiliche Strategie verfolgen.

Eine Blaupause für nachhaltige Entscheidungsprozesse in Baden-Württemberg können die dänischen Forlign sein. Forlign dienen als ein Instrument, um abseits von Partei- und Legislaturgrenzen einen Konsens in gesamtgesellschaftlichen Fragen zu finden. Im Gesundheitswesen werden sie genutzt, um die grundsätzliche Ausgestaltung der Krankenhausstruktur, Finanzierung und Digitalisierung im „Sundhedsforlig“ (Gesundheits-Forlig) festzulegen. Dies führt zu Stabilität und Planungssicherheit für die beteiligten Akteure wie Kostenträger, Leistungserbringende und Kommunen.

- **Die IKK classic schlägt vor, legislaturperiodenübergreifende, interministerielle und überparteiliche Arbeitsgruppen für Versorgung, Klima, Strukturen und Kommunikation nach dem Vorbild der dänischen Forlign zu etablieren.**

e. Prävention als Voraussetzung

Unsere moderne Lebensweise, geprägt durch Bewegungsmangel, hochverarbeitete Lebensmittel etc., führt zu einem zunehmenden Anstieg vermeidbarer Erkrankungen. Ohne Stärkung der Prävention werden wir die steigende Inanspruchnahme von Leistungen zur Behandlung von Krankheiten nicht bremsen können.

Aufgabe der Politik ist es vor allem, die Verhältnisprävention zu fördern. Daher muss der Health in All Policies (HiAP)-Ansatz – von Parlament und Regierung – konsequent berücksichtigt und gestärkt werden. Es braucht ein gemeinsames Ziel und ein Zusammenwirken der verschiedenen Bemühungen.

- **Neben einer deutlichen Verbesserung gesundheitsfördernder Lebenssituationen, z. B. klimaresiliente Städte, sichere Fahrradwege und gesundes Essen in Gemeinschaftseinrichtungen, muss sich die kommende Landesregierung auch für die Stärkung des Ehrenamts einsetzen, um den zunehmenden Herausforderungen des Fachkräftemangels zu begegnen.**

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) wurde in den vergangenen Jahren ausgebaut und gestärkt. Um sein volles Potenzial zu entfalten, muss er zum Dreh- und

Angelpunkt präventiver Maßnahmen weiterentwickelt werden. Die Angebote und Projekte der unterschiedlichen Stakeholder wie Krankenkassen, Unfallversicherung, Selbsthilfegruppen etc. sind transparent und barrierefrei beim ÖGD zu bündeln und niedrigschwellig zugänglich zu machen.

- **Die nächste Landesregierung wird aufgefordert, die Strategie für den ÖGD weiterzuentwickeln. Ziel ist es, dass dieser mehr Verantwortung übernimmt sowie Präventionsangebote unterstützt und langfristig sichert.**

Seit Jahren haben die Player im Gesundheitswesen Präventionsangebote entwickelt und in den Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger etabliert. Trotz bestehender Ansätze, z. B. die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Baden-Württemberg, besteht weiterhin Intransparenz über die Angebote.

Für mehr Transparenz und damit eine beständige Translation braucht es eine zentrale Stelle zur Koordination der Präventionsförderung unter Beteiligung der Akteure im Gesundheitswesen und der Institutionen mit Zuständigkeit für Public Health (im engeren Sinn z. B. Gesundheitsämter, Landes- und Bundesbehörden, Landesvereinigungen für Gesundheit; im weiteren Sinn z. B. Bildungssystem, Stadtplanung).

Das Land kann durch die Einrichtung einer solchen Stelle die Etablierung von Präventionsmaßnahmen (z. B. Sport- und Entspannungsangebote, Medien- und Gesundheitskompetenzförderung bis hin zu Grundimpfungen) in den Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger (Kita, Schule, Betrieb) stärken.

- **Die IKK classic spricht sich für eine zentrale Stelle Prävention aus, die beim Landesgesundheitsamt angesiedelt ist.**

2. Versorgung zukunftsorientiert gestalten

a. Stationäre Versorgung als Eisbrecher

Der Bundesgesetzgeber hat eine grundlegende Reform der stationären Versorgung angestoßen. Dabei werden die Reformziele, wie die Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität, die Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung und die Effizienzsteigerung in der Krankenhausversorgung, grundsätzlich geteilt.

Dennoch fordert auch die aktuelle Landesregierung Baden-Württembergs weiterhin mehr Ausnahmen von den bundeseinheitlichen Vorgaben. Mehr Ausnahmen würden jedoch die Qualitätsanforderungen reduzieren. Damit würde auch das Ziel einer besseren Versorgungsqualität gefährdet.

Mit Blick auf die gemeinsamen, geeinten Ziele müssen die Bundesregelungen zeitnah und konsequent umgesetzt werden, um die stationäre Versorgung im Land zu sichern. Damit das gelingt, ist es notwendig, die betroffenen Akteure zu Beteiligten zu machen. Denn die stationäre Versorgung ist sowohl in rechtlicher als auch in operativer Ausprägung komplex und vielfältig. Nur mit breiter Beteiligung können alle Aspekte ausgeleuchtet und ungewollte Folgen, wie ein kalter Strukturwandel, vermieden werden. Mindestens die BWKG, die KVBW und die GKV sind daher einzubinden.

- **Die Landesregierung ist aufgefordert, die Expertise der betroffenen Akteure im Gesundheitswesen kollaborativ einzubeziehen, um die Neustrukturierung der stationären Versorgung gemeinsam und unter Berücksichtigung der medizinischen Weiterentwicklung bedarfsorientiert weiter zu planen.**

Speziell für Baden-Württemberg gilt es, die Krankenhausstrukturen in städtischen Regionen in den Blick zu nehmen. Denn während der Südwesten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt die geringste Bettendichte im Verhältnis zur Einwohnerzahl aufweist, gibt es eine hohe Bettendichte in Ballungsgebieten. Mit der anstehenden Krankenhausreform verschiebt sich

der Fokus der Planung weg von der reinen Bettenanzahl hin zu bedarfsorientierten Leistungsgruppen. Dies ermöglicht eine transparente und qualitätsorientierte Steuerung des Angebots. Eine Optimierung und Konzentrierung der Krankenhäuser und damit verbunden ein Abbau angebotsinduzierter Nachfrage muss daher nicht in der Peripherie, wohl aber in urbanen Regionen erfolgen.

- **Die künftige Landesregierung muss zwischen städtischen und ländlichen Regionen unterscheiden. In urbanen Regionen braucht es eine umfassende Optimierung stationärer Strukturen, während in der Peripherie eine stationäre Grundversorgung sichergestellt bleiben muss.**

Zu einer bedarfsgerechten Krankenhausplanung gehören auch die erforderlichen Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur. Zwar hat Baden-Württemberg in den letzten Jahren die Finanzierung der Investitionskosten signifikant gesteigert. Dennoch wird der Bedarf bei Weitem nicht gedeckt. Nur durch eine konsequente Investitionskostenfinanzierung der Länder kann eine qualitativ hochwertige und effiziente Krankenhausstruktur sichergestellt und eine langfristig flächendeckend hochwertige Versorgungsstruktur gewährleistet werden. Dabei sind Mittel aus dem Transformationsfonds ausschließlich zur Strukturoptimierung einzusetzen.

- **Die IKK classic fordert analog den Empfehlungen der Regierungskommission der 20. Legislaturperiode eine verbindliche gesetzliche Regelung zur Übernahme der Investitionskosten.**

b. Rettungsdienst als Chance

Das Land Baden-Württemberg hat in der aktuellen Legislaturperiode ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, um bestehenden Rechtsunsicherheiten zu begegnen und den Rettungsdienst zukunftsfest zu gestalten. Dabei hat sich das Land bisher nicht für eine Konzentration der Rettungsdienstleitstellen entschieden. Derzeit betreiben die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg 34 Integrierte

Leitstellen, in denen Rettungsdienste, Feuerwehren und Katastrophenschutz gemeinsam vertreten sind. Die Folge sind 34 verschiedene Vertragsregelungen und eine fehlende Koordination in der Versorgung.

Vor dem Hintergrund zunehmenden Fachkräftemangels, Möglichkeiten überregionaler Telemedizin und effizienter Allokation verfügbarer Ressourcen durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz sollten Konzentrationsprozesse mutig angegangen werden.

- **Die IKK classic wirbt für eine strukturierte Zusammenlegung integrierter Leitstellen. Ein Zwischenschritt könnte eine Leitstelle für mindestens eine Million Einwohnerinnen und Einwohner (maximal elf Leitstellen) sein.**

Oftmals wird der Rettungsdienst in Fällen in Anspruch genommen, in denen Menschen mit gesundheitlichen Beschwerden nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen. Hier liegt eine große Chance in der Patientennavigation.

Damit Patientinnen und Patienten den Rettungsdienst effizient und sachgerecht in Anspruch nehmen, schlägt die IKK classic eine Allianz zur Förderung der Gesundheitskompetenz vor. Kernthemen dabei sind u. a. das Verhalten in akuten Krankheitsfällen und das Aufsuchen einer Ersteinschätzungsstelle über die Terminservicestelle der KV (116 117). Dabei muss ebenfalls eine digitale Fallübergabe der Integrierten Leitstelle an die Terminservicestelle ermöglicht werden. Dies wiederum erfordert Investitionen in die digitale Infrastruktur und Rechtssicherheit bei der Disponentenhaftung.

- **Die IKK classic regt an, eine Allianz der beteiligten Akteure im Gesundheitswesen zur Entlastung und damit zum effizienten Einsatz des Rettungsdienstes einzurichten.**

c. Psychische und psychiatrische Versorgung als wichtiger Versorgungsstrang

Baden-Württemberg weist eine Unterversorgung in der ambulanten psychischen und psychiatrischen Versorgung auf. In der Realität bedeutet das, dass Patientinnen und Patienten häufig keine oder keine ausreichenden ambulanten Behandlungsangebote finden. Stattdessen wird häufig stationär versorgt. Baden-Württemberg verzeichnet eine höhere Hospitalisierungsrate als der Bundesdurchschnitt.

Auch nach der stationären Behandlung fehlt es vielfach an zeitnaher und bedarfsgerechter ambulanter Anschlussbehandlung. In der Folge kommt es zu wiederholten stationären Aufnahmen bei erneuter Symptomverschlechterung (Drehtüreffekt). Es braucht zwingend strukturelle Lösungen, um eine kontinuierliche und bedarfsgerechte psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung sicherzustellen. Zugleich müssen finanzielle Ressourcen effizient eingesetzt werden.

Ein Ausbau ambulanter Angebote kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Dies alleine ist jedoch angesichts der erforderlichen Investitionen nicht ausreichend, um den stationären Bereich kurzfristig spürbar zu entlasten.

- **Zur Beseitigung der ambulanten Unterversorgung in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung schlägt die IKK classic vor, ambulante Leistungen in Krankenhäusern aus dem vertragsärztlichen Budget zu finanzieren, um kurzfristige Versorgungslücken zu schließen. Darüber hinaus sollte eine aufsuchende Versorgung durch Psychiatrische Institutsambulanzen (PIA) gestärkt werden. Zudem müssen positiv evaluierte Modelle nach § 64b SGB V in die Regelversorgung integriert werden.**

3. Pflege als Pfeiler der Zukunft a. Quartierspflege als Zukunftskonzept

In der Pflege stehen sowohl die Finanzierung als auch die Versorgung zunehmend im Fokus. Beitragssatz, Eigenbeteiligungen und Fallzahlen steigen, während auch der Pflegesektor von Fachkräftemangel geprägt ist.

Aufgrund dieser Entwicklung hat sich die Landesregierung Baden-Württemberg entschieden, die Pflege zu stärken. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Caring-Communities, bzw. die Quartierspflege. Sie soll Kommunen beim Ausbau der Selbsthilfe unterstützen. Über § 123 SGB XI sollen Projekte gefördert werden, die nach der Projektlaufzeit eine Chance auf Umsetzung in die Regelversorgung haben. Auch die IKK classic sieht das Konzept der Caring-Communities als Chance, die Pflegeversorgung zukünftig zu sichern.

- **Um das volle Potenzial zu heben, sollten diese Konzepte vor Ort transparenter und bestehende Programme von Gesundheitsakteuren in den Communities besser vernetzt werden.**

b. Finanzierung als Anker

Bei allen Bemühungen, die Versorgung in der Pflege zukunftssicher zu gestalten, wird dieses Ziel nur dann erreicht werden können, wenn die Finanzierung gesichert ist. Die IKK classic hat umfassende Lösungsvorschläge unterbreitet:

- 1) Bundeszuschuss neu bemessen, wiedereinführen und dynamisieren
- 2) Umwandlung des Ausgleichsfonds-Darlehens in einen Bundeszuschuss
- 3) Finanzierung von Sozialversicherungsbeiträgen pflegender Angehöriger aus Bundesmitteln
- 4) Erstattung pandemiebedingter Aufwände aus Steuermitteln
- 5) Konsequenter Übernahme der Investitionskostenverantwortung durch Länder und Kommunen
- 6) Finanzierung der Ausbildungsumlage durch einen staatlichen Ausbildungsfonds
- 7) Ergänzende Finanzierung aus Erträgen eines steuerfinanzierten Kapitalstocks

8) Einbezug weiterer Einnahmequellen

→ **Da der überwiegende Anteil der Pflegefinanzierung bundesrechtlich geregelt wird, muss sich die Landesregierung Baden-Württemberg für eine kurzfristige und zugleich systemisch greifende Reform auf Bundesebene einsetzen und den Landesverantwortungen, wie z. B. der Kostenübernahme der Investitionskosten, sachgerecht nachkommen.**

Dr. Christian Korbanka

Leiter Politik

IKK classic

Kölner Straße 3, 51429 Bergisch Gladbach

Christian.korbanka@ikk-classic.de

Tel. +49 (0) 2204912-310011

Mobil +49 (0) 16096967971

12.02.2026, IKK classic